

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1,90 Mk. pro Woche, 7,50 Mk. pro Monat. Durch die Post 7,50 Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 23 885. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 1. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Kleinanzeigen: Die Millimeterzeile, 8 gespaltene oder deren Raum im Text 8.- Mk.

An das Proletariat Schlesiens! An die Mitglieder der KPD. Schlesien!

Parteilgenossen! Genossinnen! Proletarier! Proletarierinnen!

Wiederum hat eine ungeheure Hez gegen uns eingeseht. Die sozialdemokratische Parteipresse bringt Enthüllungen über Material aus der Märzaktion und glaubt damit uns, wie schon so oft, vernichten zu können.

Wir stellen fest, das dieses Material entstanden ist auf Veranlassung des Abtrünnigen Levi, um die Partei zu schädigen. Bereits seit Juli aber war es der Regierung bekannt. Einige Monate hat der Oberreichsanwalt auf Grund dieses Materials Nachforschungen angestellt. Er hat es dem Untersuchungsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses freigegeben, ohne irgend eine Anklage zu erheben. Diese Tatsache zeigt wie selbst das Reichsgericht die Zuverlässigkeit dieser Dokumente beurteilt.

Dadurch aber sind die SPD-Führer entlarvt, denn ihr Zweck der Veröffentlichung zu dieser Zeit ist, die Massen, welche für die Freilassung der politischen Gefangenen aus den Märztagen dieses Jahres in Bewegung gekommen waren zu verwirren. Die Sabotage einer Massenbewegung für die Amnestie proletarischer Freiheitskämpfer war ihr politisches Ziel, nachdem die sozialistisch-bürgerliche Regierung die Rapp-Verbrecher amnestierte, obwohl sie unendliches Blutvergießen über die deutsche Arbeiterklasse gebracht haben.

Dieses Attentat an der klassenbewußten Arbeiterschaft zeigt aber weiter als Wirkung die Zerstörung der sich zusammenschließenden Einheitsfront des Proletariats Deutschlands in den bevorstehenden Steuerkämpfen. Nicht ohne Absicht. Bedeuten doch die Beschlüsse des SPD-Parteitag in Gölitz die Krönung des Verrats an der deutschen Arbeiterklasse; das Bündnis der Sozialdemokraten mit der Groß- und Schwerindustrie, den Stimmlosen gegen die Arbeiterklasse. Nicht die Schuldigen am Weltkrieg, nicht die Verdienner und Geschäftsmacher in der heutigen Schieberrepublik sollen die

Steuerlasten und Reparationsforderungen tragen, sondern der Arbeiterklasse will man wiederum alle Lasten auferlegen. Deshalb die Zerstörung der Einheitsfront des Proletariats. Die kommunistische Partei Deutschlands wird sich auch in Zukunft nicht davon abhalten lassen, Führerin und Wegbereiterin der sozialen Revolution zu sein.

Not und Elend, sinkender Lohn und steigende Lebensmittelpreise werden der Arbeiterklasse in Zukunft mehr als bisher die Augen öffnen, werden sie in die geeinte Kampffront der Klassenkämpfer einfügen, wenn sie nicht elend zu Grunde gehen will.

Die Bezirksorganisation der KPD. Schlesiens wird deshalb auch weiterhin den einzig richtigen Weg gehen, den die Grundzüge der kommunistischen Internationale vorschreiben. Pflicht aller Genossen und Genossinnen ist es deshalb, als taugliche Kämpfer unsere Ideen in die Reihen der Proletarier zu tragen. Unablässig Sympathisierende zu gewinnen und sie organisatorisch einzufügen in unsere Kampfserien.

Wir vertreten keine besonderen Interessen vor den Gesamtinteressen des Proletariats, wir sind lediglich ihr energischer und klassenbewußtester Teil.

Deshalb Kommunisten, vor die Front, es gilt das Werk der Sozialverräter und Menschewisten zu zerstören. Es gilt das Proletariat zusammenzufassen im Kampf gegen die Stinnespolitik, gegen den neuen Steuerraubzug, gegen Not und Elend, gegen Verleumdung und Unterdrückung und für den Kampf um die Befreiung von den kapitalistischen Ketten seiner Todfeinde.

Schließt die Reihen! An die Arbeit!

Die Bezirksleitung der KPD. Schlesiens.

Von den nächsten Aufgaben der Partei.

Von Peter Maslowski.

Die Beschlüsse des Zentralausschusses der Partei sind praktisch die Auswertung der theoretischen und taktischen Richtlinien des dritten Weltkongresses der kommunistischen Internationale. Der Kern dieser Beschlüsse ist, die Partei zu befähigen, durch Anknüpfung an die tatsächlichen Leiden, Sorgen und Bedürfnisse des Gesamtproletariats an die Massen heranzukommen.

Aus diesem Gesichtswinkel heraus hat der Zentralausschuß der Partei mit Recht sich mit den Dingen beschäftigt, die zweifellos im Mittelpunkt der proletarischen Klasseninteressen zur Zeit stehen. Seine Beschlüsse nehmen ihren Ausgang von der wirtschaftlichen Scheinkonjunktur mit ihrem Sinken der Mark, ihrer Teuerung, ihrer Herabdrückung des Reallohns der Arbeiter, ihrem katastrophalen Ausverkauf der deutschen Wirtschaft und ihrer im Hintergrund lauenden Arbeitslosigkeit. Sie gehen weiter aus von dem Steuerproblem, das sich naturnotwendig ergibt aus den Reparationsforderungen der Entente. Sie knüpfen an vor allem auch an die Frage, Stinnes oder Arbeiterklasse, an jene Frage, die seit Gölitz und seit der Stinneskoalition in Preußen eine zentrale Bedeutung erlangt hat und das Problem der sozialistischen Regierung umschließt.

Ohne notwendige Entwicklungsstufen zu überspringen, zeichnete der Zentralausschuß klar die Hauptaufgaben der Partei dahin, den wirtschaftlichen Kämpfen, die aus der objektiv elenden Lage des Gesamtproletariats ohne Anwendung künstlicher Mittel sich ohne weiteres ergeben, die Zusammenfassung und Ausdehnung zu verleihen, die allein den Interessen der ganzen Arbeiterklasse entsprechen. In der Steuerkampagne bezeichnete der Zentralausschuß den Kampf um die Erfassung der Goldwerte unter Arbeiterkontrolle als im Mittelpunkt der Taktik stehend. Kein politisch sehen die angenommenen Richtlinien vor allem vor eine energische Kampagne gegen die Stinneskoalition im Reich.

Dabei wurde deutlich ausgesprochen, daß eine aus der Massenbewegung geborene sozialistische Regierung solange die volle Unterstützung der Kommunisten finden wird, als sie ehrlich die proletarischen Forderungen energisch gegen die Bourgeoisie durchzubringen versucht. Diese Feststellung fiel dem Zentralausschuß leicht, weil er der Ueberzeugung war, daß im Verlaufe eines verschärften Kampfes zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse ohne weiteres entweder die sozialistische Regierung durch Nachgeben sich bei den Massen rettungslos kompromittieren muß, oder indirekt der Anstoß wird zur Sprengung des rein parlamentarischen Rahmens.

Dieses aufgestellte Programm der nächsten Aufgaben löst sich so wenig ab von den Gesamtforderungen der Arbeiterschaft, daß selbst die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, der Stimmung des Proletariats folgend, Forderungen vor allem in Sachen der Erfassung der Goldwerte aufstellt, die jeder Kommunist unterschreibt. Weiter zeugt nicht minder von der Güte des Programms die Tatsache, daß die kommunistisch-arbeitsgemeinschaftlichen Liquidatoren um Levi in bezug auf die Richtlinien des Zentralausschusses auf einer Reichskonferenz der Hoffnung Ausdruck gaben, daß eine große revolutionäre Massenpartei entstehen wird, wenn nur die KPD. zu ihrer auf der Zentralausschussfestgelegten Politik ehrlich stehen werde. Daß die kommunistischen Arbeitsgemeinschaftler nichts auszuweisen hatten gegen die jetzige politische Linie der KPD., wenn sie natürlich auch nach alter Querulantenweise an einzelnen organisatorischen Maßnahmen der K. J. herumkritikeln, ist immerhin recht bemerkenswert, zumal sie als Leute, die nur von der Kritik an der KPD. leben, ganz gewiß mit einem ganz besonderen Mißtrauen an alles heranzugehen, was als politische Richtschnur von der KPD. festgelegt wurde. Wir dürfen jedenfalls diese Tatsache begrüßen, um aber im gleichen Atemzuge dies festzustellen: Seht Ihr ein, daß die KPD. den richtigen Weg eingeschlagen hat, um zu den Massen zu gelangen, so schlägt Ihr Euch selbst ins Gesicht, wenn Ihr weiterhin als eine Handvoll negativ kritischer Parteioffiziere ohne Soldaten den von der KPD. strategisch richtig inszenierten Massenaufmarsch durch eine eigene Arbeitsgemeinschaft fahrt.

Klar ist also, daß sich nicht nur die Partei einheitlich auf einer politisch richtigen Linie vorwärts bewegt, sondern daß sich selbst diejenigen, die der KPD. feindlich

Kommunistische Internationale.

Für die verhafteten spanischen Revolutionäre.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erläßt folgenden Aufruf:

Arbeiter, Genossen! Die deutsche Polizei, die die Dapp und Lüttwich, die Mörder Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Leo Jogisches, Shtis und Erzbergers nicht finden kann, hat die angeblich an der Hinrichtung des spanischen Arbeitermörders, des Ministerpräsidenten Dato, beteiligten spanischen Syndikalisten Luis Nicola Fort und Lucia Joaquina Concepcion verhaftet. Die deutsche Reaktion fordert die Auslieferung der Verhafteten an die spanische Genkerregierung. Sie will sich die Million Pesetas verdienen, die die spanische Mörderregierung für die Auslieferung ausgezahlt hat. Der hohe Salutagerewinn treibt die reaktionäre Majerei zu verschiedenen Gemeinheiten, noch bevor die spanische Regierung die Auslieferung beantragt. Es steht außer allem Zweifel, daß die beiden Verhafteten, wenn sie die Tat, deren man sie beschuldigt, begangen haben sollten, aus politischen Motiven gehandelt haben. Das Unrecht ist eine Einrichtung aller Völker, die politische Verbrecher schützt, wenn es ihnen gelungen ist, ihren einheimischen Verfolgern zu entkommen. Es ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, dafür zu sorgen, daß Fort und Concepcion unter keinen Umständen ihren Genossen ausgeliefert werden. Mit alle Mitteln der Beeinflussung der Massen aus, um einen Druck auf die Regierung auszuüben, damit die Auslieferung unterbleibt. Setzt die gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in Bewegung, damit diese ihre regierenden Parteigenossen zwingen, die Auslieferung zu verhindern.

Arbeiter der übrigen Länder! Schließt euch dieser Aktion des deutschen Proletariats gegen die Auslieferung der spanischen Genossen an, die das gequälte spanische Proletariat gerächt haben.

Die spanische und die deutsche Konterrevolution nützt das Attentat gegen Dato aus, um eine granartige Verfolgung der spanischen Kommunisten und Syndikalisten einzuleiten. In Berlin und Riga sind bereits spanische Kommunisten verhaftet worden. Das gesamte Proletariat muß beim Ausrottungsfeldzug der spanischen Konterrevolution entgegenwirken. Bereitet euch zu einer wichtigen, gemeinsamen Kundgebung, die die deutsche Regierung zwingen soll, die Auslieferung zu unterlassen!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Hilfsaktion für Sowjet-Rußland.

Deutsche Künstlerhilfe.

Die Arbeit des Komitees Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland beginnt Früchte zu tragen. Außer in Berlin, bestehen in Hamburg, Mannheim, Frankfurt, Leipzig und Dresden Unterkomitees, die teilweise den Arbeiter-Hilfskomitees durch Vermittlung von Schauspielern und durch aktive Mithilfe große Dienste leisten. Als eigene Veranstaltung findet am 27. November in Berlin im Staatlichen Schauspielhaus unter Mitwirkung erster russischer und deutscher Künstler eine Dosojewski-Feier statt. Geplant sind laufende Theateraufführungen, die sich nicht nur auf das Bürgertum, sondern zum großen Teil auf die Betriebsräte der Großindustrie stützen.

Die Künstlerhilfe organisiert eine große graphische Ausstellung, zu der bis jetzt etwa 600 graphische Blätter kostenlos zur Verfügung gestellt worden sind. Unter ihnen befinden sich zum Teil sehr wertvolle Werke. Die Maler George Grosz und Käthe Kollwitz haben je 250 resp. 300 Steinbrude, eigenhändig gezeichnet, der Künstlerhilfe zur Verfügung gestellt. Den Verkauf hat die Firma Paul Cassirer, Berlin, ohne am Gewinn irgendwie beteiligt zu sein, übernommen und 20 000 Mk. anbezahlt. Der Reingewinn dieser Spende wird sich schätzungsweise auf 100 000 Mk. stellen.

Von Schriftstellern haben Max Barthel, Johannes R. Becher eigene Bücher der Künstlerhilfe zur Verfügung gestellt. Ernst Toller hat auf den gesamten Erlös seines Buches: „Die Maschinenstürmer“ zugunsten der Hilfsaktion verzichtet, ebenfalls Alfons Paquet, der auf zwei Jahre hinaus auf die Lantienen seines Dramas „Fahnen“, die ihm aus Aufführungen in Berlin und im Reich zuzufießen, zugunsten der Hungernden verzichtet hat. Martin Andersen Nexö überwies der Künstlerhilfe 13 000 Mk., das Honorar eines Buches, das von ihm im Malik-Verlag erscheint. Die deutsche Künstlerhilfe wird weiter ihre ganzen Kräfte einsetzen zur Linderung der Hungersnot in Rußland.

Der große französische Dichter Anatole France hat den Nobelpreis 1921, der ihm zuerkannt worden ist, in der Höhe von 300 000 Franken den Hungernden in Sowjet-Rußland zur Verfügung gestellt.

Anatole France gehört ebenso wie Henri Barbusse der kommunistischen Partei Frankreichs an.

gegenüberstehen, wie z. B. die Gewerkschaftsbürokratie, wenigstens in Worten im wesentlichen sich auf die gleichen Augenblicksforderungen festlegen, wie die Kommunisten sie erheben.

Daraus ergibt sich ganz eindeutig die Taktik der Partei in den kommenden Kämpfen: Sie wird als Wächter für die Massen vor allem in der Agitation, in der Propaganda, in jeder Aktion darauf zu achten haben, daß die Spitzen der rechts von der SPD. stehenden Arbeiterorganisationen auch durch die Tat zu ihrem eigenen Programm stehen. Das darf nicht geschehen in allzu parteiorganisatorischer Form. Das darf nicht geschehen, daß die Massen das Gefühl haben müssen, die Kommunisten wollten ihr Partei-süßchen kochen. So ehrlich, wie wir wirklich an der kampffähigen Proletarierfront arbeiten wollen, so ehrlich und überzeugend muß auch unsere Taktik sein. Nicht viel reden von der „Trennung der Massen von dem SPD.-Opportunistismus“, aber durch praktische Taten die uns erreichbaren Massen davon überzeugen, daß sie keinen anderen Weg einschlagen können, wollen sie nicht der grenzenlosen Verelendung anheimfallen, als den der Loslösung von allen kleinbürgerlichen SPD.- und USP.-Illusionen!

Es wird hier noch viel gefündigt, indem viele Parteigenossen meinen, die Kommunisten dürften ja keine Gelegenheit vorübergehen lassen, sich gegenüber den Arbeitern anderer Parteien als die persönlich Reiferen und als die in die Gehege der sozialen Revolution Einsichtigeren aufzuspielen. Die Kommunisten als Vortrupp des Proletariats haben vielmehr die Verpflichtung, die in ihrer politischen Erkenntnis noch nicht voll ausgereiften Schichten durch das liebevolle Eingehen auf alle die alltäglichen Kleinen und oft Kleinlichen Kämpfe, d. h. durch das praktische Mitkämpfen von unten heraus, besonders aus dem Bereiche heraus, zu einem vollwertigen revolutionären Faktor sich möglichst selbständig entwickeln zu lassen.

Nichts werden Stinneszialisten und reformistische Gewerkschaftsbürokraten so begrüßen wie die Isolierung der gefährdeten Mahner und Dränger, der Kommunisten, von den Massen. Macht einen tiefen Strich durch diese Rechnung, indem ihr keine historisch notwendige Entwicklungsstufe des proletarischen Kampfes künstlich überpringt, und so den Massen zu weit vorausleitend, die Verbindung mit ihnen verliert!

Theoretisch vorgezeichnet ist nunmehr seit dem dritten Kongress der SPD., seit Jena, und jüngst seit der Sitzung des Zentralausschusses, genügend. Jetzt gilt es, die große Münze des gewaltigen Programms in das Kleingeld der zähen Arbeit eines jeden Kommunisten, vor allem in den Vertriebs- und Gewerkschaftsfraktionen, umzuwandeln, damit der Erfolg sich einstellt. Jetzt handelt es sich darum, in jene Aktivität einzutreten, die genau so fern liegt dem Futurismus wie dem Opportunismus.

Unermüdete Kleinarbeit, das tut vor allem Not. Nicht der ist ein Revolutionär, der allein oder innerhalb eines harmlosen Zirkels von Halb- oder Ganzintellektuellen weltumwälzende Ideen zum Besten gibt, so nutzlos über der Wirklichkeit schwebend, sondern der, welcher sich der zwar mühseligen, aber auf dem Boden der Tatsache stehenden revolutionären Arbeit unterzieht, die allein eine Entwicklung zum Erfolg hin verspricht.

In diesem Sinne gibt es für jeden Parteigenossen genug Betätigungsfeld. An die praktische Arbeit!

Politische Uebersicht.

Deutschland und Washington.

Man nimmt an, daß die deutsche Regierung eine Note an Staatssekretär Hughes schicken wird, die gegen die Rede Briands protestieren soll. Man kennt den Ton, in dem die Staatsmänner Deutschlands ihre Friedensliebe und die Vollständigkeit der deutschen Abrüstung zu betonen pflegen. Die deutschen Minister werden bei solchen Gelegenheiten leicht pathetisch und machen sich dann lächerlich. Es sei daran erinnert, wie der biedere Fehrenbach in London verhielt, er würde einst als ehrlicher Mann vor Gottes Richterstuhl stehen. Darauf erwiderte ihm Lloyd George, daß seine persönliche Redlichkeit hier nicht zur Debatte stehe, sondern es handle sich darum, daß Deutschland abrüstet und zahlt. Wenn nun Herr Wirth eine ähnliche Note nach Washington schickt, wird Staatssekretär Hughes ganz glauben, daß Wirth friedfertig ist. Aber man wird der deutschen Note nie glauben, daß Ludendorff friedfertig ist. Man wird ohne weiteres zugeben, daß Herr Wirth die Abrüstung will, man wird aber niemals zugeben, daß Herr Eberich die Abrüstung will. Die französischen Militärsuchen denken im stillen Gott dafür, daß er die deutschen Militärsuchen noch am Leben hält. Denn die Treibereien der Ludendorff und Eberich geben den Briand und Jogh einen glänzenden Vorwand, nicht abzuzurufen. Der französische Militarismus gewinnt auf diese Weise den Schein einer moralischen Berechtigung, der sich in Washington ganz gut ausnimmt.

Eine deutsche Note nach Washington würde also fast nichts ändern; und auch wenn Deutschland wirklich die Erlaubnis erhielte, einen offiziellen Vertreter nach Washington zu entsenden, wäre damit für die deutsche Propaganda nichts gewonnen. Die ganze Washingtoner Abrüstungskonferenz scheint allmählich im Sande zu verlaufen, denn nicht können sich die gegnerischen Seiten in die Höhe, aber hat schon sich auf dieser Erde die Propaganda. Eine Entschärfung für die deutsche Propaganda wäre nur möglich durch eine Erschütterung der Autorität des französischen Kapitalismus und Militarismus, und eine solche ist jetzt denn je.

Der Streik der Internationalisten.

Der Beschluß der Sitzung der II. Internationale, eine internationale Eingekerkelung zu beschließen, hat bei den Führern der Internationalen IV, keine Freude erweckt. In ihrer Besorgnis um die „Freiheit“ ist der Streik der

Plan der 2. Internationale unbedingt ab. Inzwischen hat die Exekutive der 2. Internationale sich noch weiter lächerlich gemacht. Sie hat einen Beschluß gefaßt, wonach der Völkerbundsrat die Pflicht hat, für die Befreiung des Finanzjenseits der Welt zu sorgen. Alle sozialistischen Fraktionen mögen in ihren Parlamenten darauf hinwirken, daß eine internationale Konferenz zur Lösung des Finanzproblems zustandekommt. Die Idee, mit Hilfe des Völkerbunds und einer internationalen Bankierkonferenz das Arbeiterelend aus der Welt zu schaffen, ist der deutschen, englischen, belgischen und dänischen Scheidemannern wert, die in Brüssel zusammen den Vorstand der gelben Internationale bilden.

Die Abfindung der Thüringer Fürsten.

In Weimar sind kürzlich, wie auch die „Freiheit“ berichtet, die Abfindungsverträge mit dem ehemaligen Großherzog genehmigt worden. Es dürfte nicht uninteressant sein festzustellen, wie sich mit den übrigen Thüringer Fürsten die Abfindung bisher vollzog. Altenburg erhält das Kammervermögen als Eigentum und überläßt dem herzoglichen Haus das Schloß „Fröhliche Wiederkehr“ mit Umgebung und rund 165 Hektar Wald vom Forstrevier Hummelsheim als Eigentum, räumt dem herzoglichen Haus ein Wohnrecht im Prinzenpalais zu Altenburg ein wie die unentgeltliche Benutzung einer Theaterloge ein und zahlt dem Herzog zehn Millionen Mark Abfindung. Ferner werden noch zwei Millionen Mark für eine Wohlfahrtsstiftung gewährt, und den gesamten Hofbeamten werden außerdem ihre Rechte auf Pension usw. gesichert.

In den ehemaligen Staaten Schwarzburg-Rudolstadt und Sonderhausen wurden die Verhältnisse ähnlich wie in Altenburg geregelt, in Altenburg kommen nur größere Beträge in Frage wie bei den Schwarzburgern. In Reuß hat der Fürst für sich und seine Familie von seinem auf 60 Millionen Mark geschätzten Gesamtbesitz etwa die Hälfte, bestehend in Kammergütern, Forsten usw. abgetrennt. Das fürstliche Haus Reuß hat aber noch derartig wertvolle Liegenschaften im Besitz, daß die Vermögensdifferenz des fürstlichen Hauses bald wieder durch die noch vorhandenen großen Forsten ausgeglichen sein wird, da diese große Gewinne bringen. In Meiningen ist das mit dem herzoglichen Hause getroffene Abkommen vertraulich behandelt worden, so daß es nicht zur öffentlichen Kenntnis kam. Im ehemaligen Herzogtum Gotha ist die Auseinandersetzung noch nicht erfolgt.

Die Arbeiter brechen unter der Last der Steuern zusammen. Die Preise steigen ins Ungeheure. Eine große Arbeitslosigkeit steht bevor. Die thüringische sozialistische Regierung, mit dem ehemaligen Metallarbeiter-Frölich an der Spitze, bewilligt den ehemaligen Fürsten und Herzögen Millionen, damit sie auf ihren Gütern in Schleißen ihr verpfushtes Leben weiterführen können. Die Millionen, die ihnen die sozialistische Regierung bewilligt, benutzen sie mit, um den Monarchisten auf die Beine zu helfen.

Wenn die Sozialdemokraten in Preußen, anlässlich der Abfindung der Hohenzollern mit 160 Millionen ihre Zustimmung auf ihren geringen Einfluß in der Regierung schoben, so hatte die thüringische Regierung die Macht, diesen Fürsten „ihre Eigentümern“, daß sie durch dynastische Räubereien zusammengeschoben haben, vorzuenthalten. Die Ehrfurcht vor den „Hohheiten“ und vor allem vor dem geheiligten Privatigentum, ist den Sozialdemokraten so in die Knochen gefahren, daß sie sich einen ehemaligen Herzog, als Holzhauser in „seinen“ Forsten arbeitend, nicht vorstellen können.

Die Opposition in der SPD.

Der Beschluß von Görlitz, der Streikaktion und die dunklen Nachsicht der Stinnesleute treibt auch die sozialdemokratischen Arbeiter nach links. Die Opposition in der SPD. wächst.

Die Vertreter des Hauptvorstandes müssen ähnlich wie nach Kriegsausbruch im Laade herantreten, um die unzufriedenen, nach links drängenden Elemente zu befriedigen oder sie — rauszuschmeißen.

Der Hanschnitz versuchten die Zentralbörzen am 8. November in Pöslin. In einer stürmischen Mitgliederversammlung hat sich die beiden „Parteihafter“ Deu und Kraspe zu veranworten. Da aber die Mitglieder sich hinter die „Ständer“ stellten, gelang der Hanschnitz nicht. Die Börzen mußten sich mit einer Verzichtsur über die „Kollektion aus Hinterpostern“ begnügen, die durch den 1. Vorsitzenden ausgearbeitet wird.

Die oppositionelle Strömung der SPD.-Arbeiter, das Verlangen nach einer einheitlichen Basis aller Arbeiter auf revolutionärer Grundlage wird sich auch nicht erlösen lassen durch die „verbündeten Gemeinwesen“ von „Vorwärts“ und „Freiheit“, die durch ihren Appell an den Staatsanwalt die kommunistische Partei zur Strecke zu bringen glauben.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Lehnbewegung.

Berlin ohne Strom. — Die Straßenbahn liegt still.

Die Berliner städtischen Angestellten, die sich seit Monaten in Verhandlung mit dem Magistrat befinden, haben ihre Drohung wahr gemacht und sind in den Streik eingetreten. Am 29. November, mittags 2 Uhr, sind die städtischen Angestellten ihren langjährigen Kollegen, die schon am Morgen nicht zur Arbeit kamen, gefolgt. Die 2 Uhr mittags stellt in Berlin jeder Strom und die Straßenbahn stillen, weil die Wagen durch die Stromunterbrechung nicht rechtzeitig in die Depots geführt werden, die Straßenbahn.

Die Arbeiter in den Elektrizitätswerken haben es selbstverständlich abgelehnt, irgendwelche Streikarbeit zu machen.

Die Angestellten, deren Gehalt geregelt werden sollte auf Grund der letzten Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter, die für Handwerker 2,70 M. und für ungerahmte Arbeiter 2,50 M. pro Stunde betrug, sind hiermit nicht zufrieden. Diese Gehaltserhöhung erreicht noch lange nicht das Existenzminimum.

Die Schuld an dem ausgebrochenen Kampfe trägt unzweifelhaft der Magistrat. Die Arbeiter und Angestellten wollen nicht verhungern trotz der finanziellen Not Berlins. Der Magistrat hat eben die Aufgabe, von den tragfähigen Schultern das Geld für die Mehrbelastung einzuziehen.

Portierstreik in Berlin.

Nachdem die Hauswirte die neuen Lohnforderungen der Portiers, Fahrstuhlführer und Heizer in den Berliner Geschäfts- und Industriehäusern abgelehnt haben, sind diese am 29. November in den Streik getreten. Auch bei den Portiers der Wohnhäuser besteht die Meinung, sich ihren Kollegen in den Geschäften anzuschließen. Es sollen Verhandlungen, angeregt vom Oberpräsidenten stattfinden, um eine Ausbehnung des Streikes zu vermeiden. Es wird von dem Kampfeswillen und der Solidarität der Portiers, Fahrstuhlführer und Heizer abhängen, inwieweit sie Erfolge erringen oder sich einzeln abwürgen und sich so eine Niederlage beibringen lassen.

Die Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit in England. Nach den amtlichen Statistiken betrug die Zahl der Arbeitslosen Mitte Oktober 1931 800 Personen gegen 1.376.700 Personen in der vorhergehenden Woche. Es zeigt sich also eine Erhöhung von ungefähr 8000 Personen. In dieser Zahl sind nur die vollkommen Arbeitslosen enthalten, während die Zahl der teilweise Arbeitslosen 300.000 beträgt.

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien betrug nach amtlicher Feststellung am 1. Oktober 473.216, darunter 93.914 Frauen. Die Streikenden sind hierbei nicht mitgerechnet. Gegenüber dem 1. September bedeutet das eine Zunahme um 2674. In der Hauptindustrieprovinz der Lombardei gibt es allein 110.880 Arbeitslose.

Dem Kampf- und Arbeitsplatz des Proletariats.

Breslau.

Eine schlimme Bruchbude.

Ein wenig verlockender Betrieb ist die Schlosserei und Eisenbau-Werkstatt von Fijch & Co. in der Märkischen Straße. Vor kurzem hielt Herr Fijch seinen Schlossergesellen einen Vortrag, um der „Interessiertheit“ zu begegnen, die es mit sich bringt, daß sie den 10 prozentigen Akkordüberschuß nicht erarbeiten können. Im Gegenteil ist bei vielen Arbeiten der Akkord so miserabel, daß der Satz um 100 Prozent erhöht werden müßte, um etwas zu verdienen. Herr Fijch hat deshalb kürzlich, ganz unzureichend, den Akkordarbeitern gestatter, 20 Prozent über den allgemeinen Lohn zu verrechnen. Dies ist natürlich keine Hilfe für die nicht zu erreichende Akkordbasis, sondern nur ein Ansporn an Wähler, aus ihren Knochen noch mehr herauszuholen. Der Arbeitsgemeinschaftler, Betriebsrat und Zigaretten-S. legte, zum Meister ernannt, sein Betriebsratsamt nieder (niemand bedauert es) und schlug den Schlosser und Arbeitsgemeinschaftler Werner für dieses Amt vor. Da es den Arbeiterschnuppe ist, ob W. oder sonst jemand ihre Interessen nicht vertritt, ist halt Werner jetzt Vorsitzender des Betriebsrates. In Herrn Fijchs Bude lernen mehr wie 30 Lehrlinge das Eisenanfeuern, das Bohren und das Budeaufräumen. Eisen müssen die Jungen gewöhnlich nach Feierabend abladen, denn 8 Stunden ist nicht genug für diese Anirpse. Ofter steht ein mit Eisen beladener Wagen den halben Tag vor der Schlosserei. Um 3 1/2 Uhr aber darf erst angefangen werden mit Abladen. Nachtsicht wurde seit kurzem eingeführt. Der Lehrling Fl. stand am 28. November von 3 1/2 Uhr nachmittags bis 11 Uhr nachts an der Bohrmaschine. Dann wurde ihm von Meister Zligner befohlen, früh um 7 Uhr wieder zur Arbeit da zu sein. 1/2 Duzend Leute arbeiten unter einem Bretterdach, durch das das Wasser läuft. Wenn regnet, werden sie naß von oben und stehen im Dreck in ihren unganzen Schuhen. Entlassungen und Neueinstellungen wie im Taubenhau. Die eigentliche Werkstatt ist ein einziger Eisenrümmerhaufen. Es ist ein Wunder, daß nicht mehr Unglücksfälle vorkommen in diesem Sobom und Gomorra.

Diese Zustände eines Arbeiters bestätigt wieder einmal, wie die Arbeiter und insbesondere die Lehrlinge in den Handwerksbetrieben ausgebeutet werden. Obwohl der große Teil der Gehilfen organisiert ist, helfen sie oft dem Meister bei der Ausbeutung der Lehrlinge mit. Anstatt den jungen Kollegen zu helfen heranzuziehen und insbesondere durch solidarisches Zusammenarbeiten bessere Verhältnisse zu erzielen, arbeiten die Kollegen dem „Arbeiter“ in die Hände.

Waldenburger Heizer.

Bahnsticht. — Arbeitszeitverlängerung. — Grubenunglück.

Nach der Ansicht der Bürgerlichen verdienen die Bergarbeiter viel zu viel. Die Arbeitszeit ist zu kurz. Die Not des deutschen Volkes und damit „die Not der Kapitalisten“ kann nur gelindert werden, wenn mehr Kohle gefördert wird. Also, verlängert die Arbeitszeit der Bergarbeiter, führt ein die Acht-Stundenschicht. So die bürgerliche Gesellschaft.

Wie schwer die Bergarbeiter schuften, wie wenig sie trotz „hoher Löhne“ für sich und ihre Familie kaufen können, weiß jeder am eigenen Leibe. Die Gefährlichkeit des Arbeitens in der Grube wird aber immer wieder blutig beleuchtet durch die immerwiederkehrenden schweren Unglücksfälle.

So wurde am Sonnabend in der 11. Abteilung des Bahnschichtes der Bauer Max Fischer von herabfallenden Seilen zu Tode getroffen. „Die Unternehmung hat kein Ver schulden der Grubenverwaltung festgestellt“, heißt es dann lakonisch im Bericht. Die Bergarbeiter müssen aber mit aller Energie nicht nur die kostspielige Verlängerung der Arbeitszeit zur Rettung des Vaterlandes ablehnen. Verlängerte Arbeitszeit bedeutet vergrößerte Unglücksgefahr. Und den Bergarbeitern, die durch ihre Betriebsräte durch härtere Kontrolle Unglücksfälle verhindern müssen, haben ihr Leben nicht als ein Vaterland der Kapitalisten, der Schieber und Wucherer.

Porzellanfabrik Gebr. Pohl, Schmiedeberg i. Hgb.

Ein unmöglicher Betriebs-Obrmann.

Einen feinen Obrmann scheint sich die Belegschaft der Porzellanfabrik Gebr. Pohl in Schmiedeberg gewählt zu haben. Bergangenen Freitag mußte der Betriebsleiter den Geschäftsführer der Porzellanarbeiter herbeirufen, um den Obrmann K., der im betrunkenen Zustande seines Amtes waltete, aus dem Betriebe zu entfernen. Als Kollege P r e s c h m a n n in einer Belegschaftsversammlung der Metallarbeiter bei Gebr. Pohl auf die Ineffizienz der Arbeiter hinwies, wurde ihm mit Recht entgegengehalten, daß das Verhalten der Funktionäre nicht angeht, vor dem Unternehmer seinen Mann zu stellen. Jedenfalls ist es an der Zeit, daß sich die Belegschaft einen Obrmann nicht länger gefallen läßt, der auf Grund seines „benebelten“ Zustandes nicht in der Lage ist, irgendwelchen Eindruck auf die Kapitalisten zu machen.

Es ist auch nicht Aufgabe der Arbeiter und insbesondere von Funktionären der Gewerkschaften und von Arbeiterparteien, den Schnapsjüngern und dem Reiche die Taschen zu füllen, indem sie Schnaps im Uebermaße konsumieren.

Wenn die „Volkszeitung fürs Riesengebirge“ die „alkoholischen Geldentaten“ ihrer Genossen deckt, ist es ein weiterer Beweis dafür, daß diese Zeitung nicht geeignet ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Schlesien.

Verhaftung von Orgeschelben.

Kürzlich wurden in Breslau einige Studenten verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Es sind die Studenten Bernhard, Kusche, Koppe, zwei Freiherrn von Jellib und Neutirch und die zwei Brüder Koppe. Einer der beiden letzten steht im Verdacht, am Erzbergermord mitbeteiligt zu sein. Die übrigen haben geheimhändelt. Wie der Polizeibericht sagt, werden die Verhafteten in den nächsten Tagen, sobald die Kollisionsgefahr beseitigt ist, wieder freigelassen werden. Warum die Verhaftung? Das ist doch noch nie anders gewesen. Reaktionäre Hochverräter erfahren doch immer eine Sonderbehandlung. Nur Kommunisten behält man monatelang in Untersuchungshaft, auch wenn man ihnen keine strafbare Handlung nachweisen kann.

Wie die Oberschlesierfürsorge aussieht.

In der Löschstraße 38 wohnt eine Witwe mit fünf Kindern, die aus Oberschlesien geflüchtet ist. Ihr Hausrat besteht aus einer eisernen Bettstelle und ein paar Bettstücken, die sie abends auf der Erde ausbreitet. Auf Ansuchen versprach der Magistrat bereits im Oktober Betten zu leihen. Bis heute hat dieser Frau noch niemand geholfen. Die Familie hat mit den größten Nahrungsjorgen zu kämpfen.

Man muß sich da fragen, wo ist das Oberschlesierhilfswerk? Wo sind die Millionen, die man für die ober-schlesischen „Brüder und Schwestern“ den Leuten aus der Tasche gezogen hat? Uns scheint, es wäre recht notwendig, einmal nachzuprüfen, wo diese Gelder hinkommen.

Speichel-Rederei.

Dem Liegnitzer Tageblatt entnehmen wir folgendes Inserat:

Dankagung.

Für die vielen Beweise wohlthuerender Teilnahme, welche uns durch die Veranstaltung des herrlichen und schönen Kirnmes- und Erntefestes am 18. November erwiesen wurde, sowie für all das Gute, welches wir auf diesem neuen an diesem schönen Tage wahrnehmen durften, sagen wir unserm hochverehrten Herrn Baron v. Jedlitz und der Leipe sowie seiner lebenswürdigen Frau Gemahlin unsern innigsten Dank. Gott der Herr erhalte Sie uns, hochverehrter Herr Baron und hochverehrte Frau Baronin, noch viele, viele Jahre! Ihnen, vielverehrter Herr Oberinspektor Friedrich, für die weiße Leitung, die Sie an diesem Tage wieder an den Tag legten, einen besonderen Dank!

Dominium Brinsnig, Post Groß-Linz,

den 23. November 1921.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen
nebst Wirtschaftsvögten
vom Dominium Brinsnig.

Das Du die Nase im Gesicht behältst. Der „Herr Baron“, seine „lebenswürdige Frau Gemahlin“ und der „vielverehrte Herr Oberinspektor“ mögen bei sich denken: Gott erhalte diese Leute recht lange in ihrer Dummheit. Natürlich ist das bestellte Arbeit, aber immerhin sollten die ebärmlich bezahlten Landproleten es sich ganz energisch verbeten, daß ihr Name zu solchen Sachen mißbraucht wird.

Es kommt aber noch besser. In der Kimpfischer Zeitung „Der Landmann“ heißt es folgendes Inserat:
„Wir haben uns durch Hehereien verleiten lassen, am 2. und 3. November zu streiken und bedauern dieses sehr. Wir bitten daher unseren Arbeitgeber, Herrn Erbscholtzbeisiger Köhler in Kleinig, um Verzeihung.“
Kleinig, den 20. November 1921.

Das Arbeitspersonal der Scholtzei Kleinig.

Ohne Zweifel haben sich die Landarbeiter nicht ohne weiteres zu Gnaden machen lassen. Die reaktionären Helmlen, die fortwährend über den Terror der organisierten Arbeiterhaft zittern, verschmähen es nicht, die Landarbeiter durch terroristische Mittel zur Abgabe solcher Erklärungen zu veranlassen. Es wird kein Mensch bezagen weichen, daß die Arbeiter, wenn sie nicht durch Drohungen mit Entlassung und Hunger zu solchen Sprachakten gezwungen werden, niemals derartige „Erklärungen“ abgeben würden.

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Keine Amnestie — neue Kommunistenverhaftungen, das ist die Antwort der Ebertrepublik!

Hungerstreik.

Nach Lichtenburg, Wittenberg, Heiligenstadt, Nordhausen sind unsere Genossen in Herne und Naumburg in den Hungerstreik getreten, um ihre Freiheit zu erringen. Die „freie Republik der Welt“, die alle Kappisten frei herumlaufen und neue Orgeschelplote schmieden läßt, schießt sich trotz Radbruch, trotz aller demokratischen Phrasen nicht gemüht, für die revolutionären Arbeiter die Zuchthaus- und Gefängnistore zu öffnen.

Im Gegenteil hat der Amnestie jetzt, geleitet von der SPD., eine allgemeine Hege ein gegen alles, was kommunistisch ist. Man sah, daß das proletarische Gefühl für die Solidarität mit den politischen Gefangenen auch stark bei den SPD- und USF-Arbeitern zum Durchbruch kam und flugs verhinderte man die einheitliche Arbeiterfront für die Freilassung der Gefangenen durch die Inszenierung der infamsten Hege gegen die SPD.

Wir sind trotz allem davon überzeugt, daß jeder Arbeiter, der auch nur einen Funken Klassenbewußtsein in sich trägt, mit den Kommunisten schon in Anbetracht dessen, daß bis jetzt auch nicht ein Kappverbrecher die Kerkmauern von innen gesehen hat, die Forderung nach wie vor erhebt:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Der Schrei nach der Amnestie.

Täglich kommen neue Meldungen über Protestkundgebungen gegen die Fortführung der Schandjustiz, der Festschaltung proletarischer Kämpfer in den Gefängnissen und Zuchthäusern der freien Republik der Welt. Eine in Hamburg stattgefundene Versammlung, deren Miteinberufung die Führer der SPD. abgelehnt hatten, wurde zu einer gewaltigen Kundgebung, an der vor allem SPD-Arbeiter teilnahmen. Folgendes Telegramm ging an den SPD.-Justizminister Radbruch:

„2000 Hamburger Arbeiter, versammelt in der Stadthalle, verlangen sofortige Haftentlassung der Lichtenburger Freiheitkämpfer und sofortige Amnestie aller politischen Gefangenen!“

Eine große öffentliche Versammlung in Biersen nahm eine ähnlich lautende Resolution an.

In Düsseldorf wurde abermals in einer Rieserversammlung der streikenden Metallarbeiter die Forderung nach Amnestie gestellt.

Am 29. November tagten im Lokal Freudenberg in Wittenberg die Betriebsräte und Vertrauensleute der Gewerkschaften sowie die Funktionäre der Parteien zwecks Stellungnahme der dem Hungertode entgegengehenden Genossen in der Lichtenburg und dem Brückentopfgefängnis Wittenberg. Eine rege Aussprache ergab, daß alle Anwesenden gewillt sind, sich mit allen Mitteln für die Befreiung der schmachtenden Genossen einzusetzen, und sei es mit der Waffe des Generalstreiks. Zum Schlusse wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Sollten die Behörden hartnäckig die Entlassung verweigern und damit das Verbrechen der Ermordung auf sich laden, so fordern die Versammelten alle Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, zur schärfsten Waffe, zum Generalstreik zu greifen, um den eingekerkerten Arbeitsbrüdern ihre Freiheit wiederzugeben.“

Auch Schlesiens Arbeiter fordern die Amnestie.

In einer gut besuchten, von der SPD. einberufenen Versammlung nahmen die Arbeiter von Freiburg i. Schlef. Stellung gegen das aller proletarischen Solidarität bare Verhalten der Sozialdemokraten in der Frage der politischen Gefangenen. Mit scharfen Worten grübelte der Referent zunächst das schamlose Treiben des Göring und Eberling anlässlich des Märzputsches, deren ganze Verworfenheit anlässlich der Verhandlungen im Untersuchungsausschuss des Reichsparlamentes zu Tage trat. Weil hier festgestellt wurde die wahre Ursache der Märzkämpfe, und weil die Massen anlässlich des Hungerstreiks der Märzgefangenen und der großen Not des Volkes bestrebt sind unter revolutionären Forderungen eine einheitliche Kampffront zu bilden, greifen die SPD-Leute zum Mittel der Verleumdung. Als solche sind die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ und der „Vergewalt“ zu bewerten.

In einer Resolution stellte sich die Freiburger Arbeiterschaft hinter die politischen Gefangenen und brachte so zum Ausdruck, daß sie nach wie vor gewillt ist, getreu ihrer revolutionären Vergangenheit weiterzukämpfen gegen das Bürgerium und gegen die SPD-Führer, die jeden einheitlichen Kampf zerbrechen.

Dem Landarbeiterverband und unsern Genossen auf dem Land erwächst hier eine Aufgabe. Macht die irreführenden Landproleten auf das Verwerfliche ihres Luns aufmerksam, sagt ihnen, daß es nicht gut ist, den Stiefel des Krautjägers zu lassen, der Absatz ist ganz in der Nähe.

Die „Landarbeiter“ Arbeitsgemeinschaften sprengen Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung am 24. November in Jäh D. G., in der Genosse Graf sprechen sollte, und die von über 200 Personen besucht war, wurde von etwa 40 bis 50 Angehörigen der „ehemaligen“ Brigade Schandl gesprengt.

Neue Kommunistenverhaftungen.

Dieser Tage wurden in Hagen sieben Kommunisten aus den Wohnungen heraus verhaftet. Sie sollen sich an den Vorgängen der Märzaktion beteiligt haben. Weitere Verhaftungen sollen folgen. Die Hagenen Genossen sind in der Lage, Beweise zu erbringen, daß es sich um Denunziationen von Spitzeln bei der Staatsanwaltschaft handelt, deren Verschuldigungen völlig aus der Luft gegriffen sind.

Am 28. November fand in Eberfeld vor der Strafkammer eine Verhandlung gegen 40 Kommunisten statt, die sich während der Märzaktion bei der Ausrüstung des Generalstreiks in Ohligs und Wald daran beteiligt haben sollen, andere Arbeiter zur Niederlegung ihrer Tätigkeit zu veranlassen. 20 Angeklagte wurden wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von sechs bis neun Monaten verurteilt. Die übrigen wurden freigesprochen.

In Köln ist der Genosse Eppstein verhaftet worden. Auf dem hiesigen Bezirksbüro erschienen 4 Kriminalbeamte und führten den Genossen ab.

Weil er kein Kappist ist . . .

Im Magdeburger Untersuchungsgefängnis befindet sich ein Landwirt Fritz Amende aus Westeregeln, der wegen Sprengstoff erbrechers und Vorbereitung von Hochverrat infolge von Spitzelmeldungen festgehalten wird. Aus Furcht vor Mißhandlungen war er bereits im April aus dem 3. Stockwerk der Landwehrkaserne in Magdeburg auf die Straße gesprungen und hatte sich das rechte Bein so völlig zerlegt, daß es ihm im Mai unmittelbar unter dem Knie amputiert werden mußte. Er liegt jetzt im Untersuchungsgefängnis krank darnieder, mußte mehrere Nachoperationen erdulden und wird von seinem häuslichen Aufenthalt, wo er eine ganz andere Pflege haben würde, grausam ferngehalten. Die Anträge auf Haftentlassung, die die Verteidiger an das Reichsjustizamt usw. gesandt haben, wurden abgelehnt mit der Begründung, daß trotz Verlustes des einen Beines eine Flucht nicht ausgeschlossen sei.

Der Mordbube Oltwig von Hirschfeld erhielt bekanntlich Urlaub aus dem Gefängnis, weil für „seine Gesundheit zu fürchten“ war. Den Leutnant Boldt ließ man mit gelunden Beinen aus dem Gefängnis fliehen. Diese Gegenüberstellung schon genügt, um die Schändlichkeit der Klassenjustiz in der Ebertrepublik aufzuzeigen.



Der Schrei der 130 Proletarier aus dem Zuchthaus Lichtenburg hat die Arbeiterschaft wachgerüttelt. Es sind aber Tausende Proletarier gefangen, deren Frauen und Kinder sich in größter Not befinden.

Proletarier!

Was hast Du getan, um die Not zu lindern? Hast Du auch für die „rote Hilfe“ gegeben?

Zentralkomitee „Rote Hilfe“
Postfach 6000, Berlin NW 7, No. 100 674.

Vor Beginn der Versammlung trat ein gewisser Blum, das geistige Haupt, an den Genossen Graf heran, und fragte, ob nach dem Vortrage freie Aussprache gestattet würde, was selbstverständlich bejaht wurde. Darauf Graf Blum: „Wenn Sie beabsichtigen sollten, über Oberleschen zu sprechen, dann würden Sie heute schlicht abgehauen, mit Ihnen sind die wir?“ rufen ihnen daher, nicht über Oberleschen zu reden. Sie würden schlicht abgehauen! Das ist eine ganz offene Drohung!

Kurz nachdem Genosse Graf etwa zehn Minuten gesprochen, gingen die Stürme zu Sprengungen über. „Seher!“ „Denkige Arbeiter laßt Euch nicht aufwiegen!“ „Landarbeiter!“ „Schlagt sie ins!“ „Ehrt sie nicht!“ So ist die Versammlung.

Nachdem die übrige Versammlung, die zum größten Teil aus Zentrumsanhängern bestand, gegen diese Kräfte Stellung nahmen, sangen sie das Lied: „Wir brauchen keine Schieberrepublik, Judenrepublik, Ebertrepublik“. Als Genosse Gräß zu wiederholten Malen die Aufmerksamkeit der Versammlung auf sein Referat gelenkt hatte, rief der Großbauer Wistuba, Jütz, „Schmeiß die Kommunisten raus, schlägt sie tot“.

Ein gewisser Harnes aus Polnisch-Prognitz und Blum, Jütz, waren die Wortführer und leitenden Störer der Versammlung.

Als einige Arbeiter von Jütz, die auch beim Selbstschutz waren, den Herren die Frage, wo die verschobenen Fahrräder und Kartoffeln geblieben sind, vorlegten, gingen die Herren, die alle total betrunken waren, zum letzten Angriff über und sangen: „Deutschland, Deutschland über alles“, das „Ehrhardt-Lied“ usw. Es folgten „Schmährufe“ gegen Ebert und Scheidemann, und Wistuba und Harnes sowie auch teilweise Blum forderten andauernd die Entfernung der Kommunisten aus Jütz.

Als es dann unmöglich wurde, die Versammlung fortzuführen, sammelten sich die Ehrhardt-Angehörigen, einige trugen noch Matrosenmützen mit dem Bande:

Matrosenbrigade Ehrhardt, unter dem Kronleuchter und drehten das Licht aus, um ihren Sieg durch eine Schlägerei beschließen zu wollen. Das gelang nicht. Unsere Genossen haben den Schutz der dortigen Schupo in Anspruch nehmen müssen.

In den letzten Tagen erschien eine von Röstler gezeichnete Verordnung der Reichsregierung, wonach die sogenannten Arbeitsgemeinschaften, wie Foksbach usw., aufgelöst sind und Zwangsverhandlungen mit 100.000 Mark bestraft werden können. Wir sehen nun, wie eine solche „aufgelöste“ Ehrhardt-Brigade „aufgelöst“ wird, daß sie in der Lage sind, beieinander zu bleiben, Proletarierversammlungen zu sprengen und Arbeiterführer zu bedrohen.

Konterrevolution.

Der weiße Terror in Griechenland.

In Athen sind kürzlich die Elektrizitätsarbeiter in den Streik getreten. Daraufhin wurden zehn führende Funktionäre verhaftet und zu Gefängnisstrafen von 15 bis 20 Jahren verurteilt. Die Antwort darauf war, daß

nun auch in Saloniki die Elektrizitätsarbeiter und Straßenbahner in den Streik traten. Alle Schandthaten der Regierung Konstantins können die Revolutionierung der griechischen Arbeiterschaft nicht aufhalten.

Wie die englischen Unternehmer die Arbeitszeit verlängern wollen.

Aus London wird gemeldet: Die Unternehmer Englands begnügen sich nicht mit dem Lohnabbau, sondern sie versuchen auch die Arbeitszeit erheblich zu verlängern. Besonders die Eisenbahner sind es, die diesen Vorstoß des Unternehmertums auszuhalten haben. So wird aus Liverpool berichtet, daß man dort auf der einen Seite Eisenbahner entläßt und auf der anderen Seite die im Betrieb gehaltenen Arbeiter 12 bis 13 Stunden am Tage beschäftigt. Ebenso ist ein Konflikt zwischen den Eisenbahnern Irlands und den dortigen Bahngesellschaften durch einen Schiedsspruch beendet worden, der eine Arbeitszeit von bis zu 60 Stunden in der Woche vorsieht. Man kann gespannt sein, was Herr Thomas, der Vorsitzende des britischen Eisenbahnerverbandes nun unternehmen wird.

Zur Aufklärung!

Die Margarinepreise werden von einer Kommission der Fabrikanten, welche im Margarineverband zusammengeschlossen sind, festgesetzt.

Diese Kommission legt dem Reichsernährungs-Ministerium die jeweilig festgelegten Preise und die zu Grunde gelegte Kalkulation vor.

Das Reichsernährungs-Ministerium konnte gegen die von der Kommission vorgelegten Preise keine Einwendungen erheben.

Die Zeitungen erhielten vom Margarineverband ein Rundschreiben, in welchem die Grundsätze der Preisbildung für die Margarine klargestellt wurden, doch kommen immer noch andauernd irreführende Mitteilungen.

Trotz aller Aufklärungen und trotz der genehmigten Preise beschlagnahmte die Berliner Polizei am 1. November bei unserer Berliner Niederlage einen größeren Posten Margarine wegen angeblich übermäßiger Preisforderung **gab aber den Verkauf derselben Margarine zu den von ihr beanstandeten Preisen**

nach drei Stunden wieder frei.

Das Berliner Gericht hat trotzdem die Beschlagnahme vorläufig bestätigt, **ohne uns vorher zu hören.** Die endgültige Entscheidung muß erst noch erfolgen.

Im Anschluß an diese Schilderung erklären wir: Wir haben stets, und auch am 1. November in Berlin, wie fast alle Fabrikanten, nur die von der gemeinsam gewählten Kommission festgelegten Preise gefordert.

Wir haben niemals Ware zurückgehalten, um höhere Preise zu erzielen. Unsere Fabrik arbeitet seit Monaten, nur durch Sonntage unterbrochen, Tag und Nacht, um die große Nachfrage nach unseren Marken zu befriedigen.

Unsere Berliner Niederlage braucht allein wöchentlich 2500 bis 3000 Zentner Margarine. Die beschlagnahmte gewesene Menge von 1800 Zentner war demnach höchstens für den Verkauf von vier Tagen ausreichend.

Bahrenfelder Margarine-Werke A. L. MOHR, G. m. b. H.

Schauspielhaus
Operettenbühne.
Tel. Ring 2545.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Das Hochlandwägen.
Freitag und tags 7 1/2 Uhr:
Wenn Liebe erwacht.
Sonntag nachm. 5 1/2 Uhr:
Die Kaiserin.

Zeltgärten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das glänzende
Variété-Programm

Schles. Gebirgsleichen
„Handwerker“ Hederl.
Volkswohl
Nietet in Leinen, Baumwoll- u. Mischgeweben
von besten des Billigste
Hugo Klose
Paulstraße 22.

Achtung! Wo?
kauft man denn und
gebrauchte MÖBEL
sowie ganz Einrichtungs-
gegenstände billigsten
und vorzüglichsten?
Bei H. Klinge
Bismarckstr. 12, Tel. 12.

Ziele für alle
Altmetalle
Mittlerer Preis.
Otto, Schützenstr. 1.

Gewandter Meiner Osten
zu verkaufen. Angebote
an die Geschäftsstelle der
Sächsischen Arbeiter-Zg.

Spezialapparate
Schoßplatten neueste Aufnahme vorrät.
Reparaturen schnell und billig.
Schoßplattenabrund und abgeplattete Platten
werden gekauft.
Wiener & Futter
Breslau 1, Schmiedebriicke 48.

Kaufen Sie jetzt,
dann sparen Sie Geld!
Häuser, Raglans, Sport-Joppen
bekommen Sie noch billiger als
solange der Vorrat reicht, im
Herrn-Bekleidungs-Geschäft
Tillstraße 22, gleich am Köpplplatz
Inh.: Hermann Partetzke.

Proletarier lies!
Für den Vertrieb des Worts
kann die geliebte Diktatur des
Kopfes gebraucht werden!
Die kommunistische Bucherei
Breslau 5, Gröbchener Str. 45
hat ein reichhaltiges Lager aller
einzelnen proletarischen Literatur
Bücherzeichnisse kostenlos!

Sehen erschienen!
**Zum Jahrestag der proletarischen
Revolution in England.**
Preis 2 Mk.
Bestellung nach:
Kommunistische Bucherei
Breslau 5, Gröbchener Straße 45.

Schneiden Sie dieses Insekt aus!
Ein solcher Ausschnitt wird bei je einem
Einsatz von 15 Mk. barbeimirt in
300 Mk. an mit 15 Mk. Zahlungsgegn.

WEIHNACHTEN

Ist es zu spät,
gute Stoffe zu alten Preisen zu kaufen.
Jetzt haben Sie bei mir Riesen-Auswahl! Jetzt kaufen Sie noch
billig! Jetzt müssen Sie mich besuchen, um sich für
einen **Anzug** und einen **Mantel**
neben warmen Stoffen zu kaufen. — Kommen Sie sofort!

Beste blaue u. schwarze Tuche, Kasungarne, Cheviots,
Corduroys, Marsco zum Cotaway, Manchester usw.

Tuch-Lager
Cari Korte
dicht am Ring zwischen
Blücherplatz und Bielschowsky
Breslau 1, nur
Herrenstraße 7

Anzüge,
Cotaway,
gestr. Hosen,
Häuser, Raglan
mit Maß
von 650-1200 Mk.
Arthur Schubert
Breslau
Garten-Bekleidungs-
Geschäft, Gröbchener Str. 27
6. u. 7. Stockwerke
Gröbchener Str. 27, 5 u. 6

Kontabai
Kontabai, Tel. 1111, empf.
G. Weese,
Breslau, Dörfer 25.

Jahrespreise vom 1. Dezember 1921 ab.

Einzelne Jackett	bis	1.-	921	1.30	921
Umhangjackett	9 1/2	1.50		1.80	
Schürzenrock	abends	7.50			
begei. Strickjacke		3.90			
Gürtel-Jackett 9 1/2	abends			1.50	
Umhangjackett 9 1/2	abends			2.-	
Einzel-Jackett 11 1/2				2.-	
Umhangjackett 11 1/2				2.-	

In Sommer- und Winterzeiten werden Umhangjacketts nicht ausgegeben.
Für Tiere und größere Geschäftstiere ist der
Personenpreis zu entnehmen.

Verkauf der Wollenen Güterpreise
Serikat von Gostocinmarken.
Wegen der Erhöhung des Gewinnes werden
die Warenpreise zu Weihnachten vom 30. 11.
1921 ab an der Höhe der jährlichen Gewinns-
schwankung mit dem Preis von 2.20 Mk. für
das Stück belassen.
Breslau, den 22. November 1921.
Der Magistrat.

Parteigenossen decken ihren gesamten Bedarf an
kommunistischer Literatur, Jugend-
schriften, Unterhaltungsliteratur
in der
Kommunistischen Bücherei, Breslau, Gröbchenerstraße

Lebensmittel-Grosshandel
Max Schönfelder
BRFSLAU Albrechtstrasse 56

Durch besonderes Entgegenkommen der Eigener ist es mir gelungen,
nochmals einen grösseren Posten
knochenloses Büchsenfleisch
zu beziehen, und zwar zu Preisen, die weit unter den heutigen Tages-
notierungen stehen. — Ich offeriere:
Knochenloses Büchsenfleisch, per 6-Pfd.-Dose Mk. 63.30, das-
selbe ausge-ogen, per Pfd. Mk. 12.—
Rind- und Schweinefleisch, per 2 Pfd.-Dose Mk. 17.50.
Ia. amerikanisches Schweineschmalz, per Pfd. Mk. 35.—
Vielfache Wünsche meiner sehr verehrten Kundschaft entsprechend
habe ich mich entschlossen, von der in diesen Tagen frisch eingetroffenen
Ladung

Ia. Delikatess-Rückenspeck
dieser Qualität ganz hervorragend ist einen Teil ungeräuchert in den
Verkauf zu nehmen, um so Gelegenheit zu geben, den Speck zu Auf-
strichwecken auslassen zu können, und offeriere:
Ia. ungeräucherten Rückenspeck, per Pfd. Mk. 33.50.
Ich empfehle, dieses vorteilhafte Angebot nicht unbeachtet zu
lassen.
Die rapid gestiegenen Preise, besonders für Butter, Margarine,
Schmalz usw. veranlassen mich, dafür besorgt zu sein, ein erschwing-
liches Aufstrichmittel auf Brot usw. zu beschaffen und ist es mir ge-
lungen, einen grösseren Abschluss zu

reinem Zuckerrüben-Syrup
der garantiert 67 Proz. Zucker enthält, zu beschaffen und offeriere denselben
per Pfund zu Mk. 5.50
bei 5 Pfd. 10 Pfd. 25 Pfd.
5.40 5.20 5.20
und mache besonders darauf aufmerksam, dass Gefässe zur Füllung mit-
zubringen sind!
Ferner offeriere ich:

Valparaiso-Bienenhonig
per 1/2-Pfd.-Glas Mk. 15.—
Städtliche anderen Artikel zu den billigsten Tagespreisen!

Verkauf u. Versand nur Albrechtstr. 56
Filialen unterhalte ich nicht!

Die proletarische Frau

Damen und Frauen.

Die „gnädige Frau“ hat ernste Sorgen. Sie hat ab und zu „nichts mehr anzuziehen“. Das Crepe de Chine-Kleid von vorigen Winter ist unmodern, das schwarze Seidenkleid hat sie sich derart „übergehoben“, daß sie es nicht mehr tragen kann. Sie muß sich schon entschließen, sich zwei neue Abendtoiletten anfertigen zu lassen.

Die Eisenbahnerfrau S. ... leidet schon lange an einem inneren Leiden. Seit Monaten rät ihr der Mann, einen Arzt aufzusuchen. Aber sie schiebt's immer wieder hinaus. Es ist so peinlich, wenn man keine ordentliche Unterwäsche mehr hat. Aber nächste Woche wird sie bestimmt gehen. Sie hat ja schon lange etwas Geld zurückgelegt für ein neues Hemd. — Wenn sie nur wüßte, woher sie dann das Geld nehmen soll, um den Franzl die Schuhe doppelt zu lassen? —

„Denken Sie, was für ein Pech ich habe, Frau Kommerzialrat. Ich muß mein neues Fräulein schon wieder entlassen.“ „Aber warum denn, gnädige Frau?“ — „Ja, sehen Sie, der Bubel will absolut nichts essen bei ihr. Vraton, süße Speise, alles läßt er stehen. Und die unverheiratete Person erklärt, da ließe sich nichts machen. Das Kind sei überfüttert.“

Es ist schon das dritte Kind innerhalb von fünf Jahren, das die Hilfsarbeiterin Frau B. ... begreißt. Todesursache: Tuberkulose infolge schlechter Ernährung.

Schon werden die Laternen gelöscht. Ermüdet, übermüdet, entseigt die Dame im Seidenpelz dem Auto. „Wenden Sie mich nicht vor 12 Uhr“, befiehlt sie der Jungfer. „Ich habe morgen wieder einen anstrengenden Tag vor mir. Um 5 Uhr Tee bei der Gräfin X., abends Diner bei Direktor A.“

Mann und Kinder schlafen noch, aber die Mutter ist schon auf. Es ist vier Tage nach der Entbindung. Sie fühlt sich noch schwach auf den Füßen. Aber schließlich, wer soll die Wunden waschen, wenn nicht sie? Und am Tag kommt sie nicht dazu. Da muß sie die Hemden nähen. Morgen muß sie abliefern.

Doch wozu der Beispiele mehr! Wer von den proletarischen Frauen kennt nicht den Unterschied? Wer erlebt ihn nicht täglich blutenden, großtenden Herzens, den Unterschied zwischen Frau und Dame! Die einen: verwöhnte, herrschsüchtige Kuppen, von Fest zu Fest rauschend, in geschäftigem Nichtstun entartend; die anderen: abgeraderte Arbeiterinnen, die nie eine Minute für sich haben, immer dienend bis zum letzten Atemzug. Die Kinder der einen wohlgenährt, gepflegt und geschützt; die Kinder der anderen halbverhungert, verwahrloht, tausend Gefahren ausgelegt.

Aber noch immer gibt es Frauen, die meinen, das müßte so sein, dieser Unterschied zwischen Schmarozern und Arbeiterinnen müßte bestehen. Diese Frauen haben eben noch nicht begriffen, woher dieser Unterschied kommt. Sie wissen noch nicht, daß die einen nur prahlen und faulenzen können, weil die anderen darben und schuften, und daß dieser Zustand aufgehört muß, wenn die Arbeitenden nicht mehr wollen. Und doch ist es so. Denn woher kommt denn der Reichtum, der den „Damen“ erlaubt, „Dame“ zu sein? Doch nur daher, daß Millionen Männer und Frauen mit harten schwieligen Händen für sie sich raderen und plagen, daß die Frucht all dieser Arbeit nur den Unternehmern, den Großgrundbesitzern und ihrem Anhang, den Händlern, Schiebern, Wucherern und Spekulanten zugute kommt, während sie sich mit einem „Böhn“ abfinden müssen, der ihnen kaum ermöglicht, das nackte Leben zu fristen.

Da verleumdet und verhetzt man die Kommunisten in Mangel, Schule und Leiber auch im Betrieb. Aber was wollen die Kommunisten denn anders, als daß dieser verbrecherische, mörderische Zustand aufhöre, daß die Arbeiterchaft den Kampf aufnehme wider das Gefindel, das ihnen das Mark aus den Knochen saugt, und eine Gesellschaft begründe, in der jeder arbeite, und jeder Arbeitende auch zu leben hat, eine Gesellschaft, in der es keine „Herren und Damen“, sondern nur noch arbeitende Männer und Frauen gibt.

Aber wozu ist die kommunistische Partei überhaupt nötig? Haben die Sozialdemokraten nicht hundertmal in Wort und Schrift erklärt, daß sie dasselbe Endziel haben? Ja, das haben sie gesagt und geschrieben. Aber sie haben nicht darnach gehandelt. Während des Krieges nicht, als sie den Arbeitern rieten, für das Vaterland, in Wirklichkeit für den Profit ihrer Ausbeuter zu kämpfen und zu hungern, nicht in den schweren Jahren nach dem Kriege, als sie den Arbeitern zuredeten, durchzuhalten, damit die Profitwirtschaft der Ausbeuter wieder aufgebaut werde, und heute nicht, wo sie, obwohl die Not auf der einen Seite und der Luxus auf der anderen Seite von Tag zu Tag größer werden, noch immer von einem wirklichen Kampf nichts wissen wollen.

Aber so klar es ist, daß man einen Berg nicht erliegen kann, sondern daß der Gipfel nur zu erreichen ist, wenn man mutig und beharrlich einen Schritt vor den anderen setzt, so klar ist es, daß die Sozialdemokraten, die einen wirklichen Kampf gegen Wucher und Spekulation, Profusucht der Unternehmer in Stadt und Land heute nicht führen wollen, die Klassen nie zu dem Endziel der sozialistischen Gesellschaft führen werden. So klar ist es, daß die arbeitenden Frauen und Männer, die die heutigen Zustände nicht mehr ertragen wollen und können, auf die sozialdemokratischen Führer nicht mehr bauen dürfen, sondern selber zur Tat schreiten müssen.

Ein erster Gruß dem heimenden Leben.

In der „Frankfurter Zeitung“ erzählt ein Arzt aus seiner Sprechstunde:

„Der Augenblick, in dem eine junge Frau vom Arzt die Bestätigung erhält, daß sie Mutter werden soll, ist psychologisch interessant und merkwürdig. Die Erwartung und die Spannung der Züge, das Konventionelle und Beherrschte, alles löst sich, und es erscheint ein völlig neuer Gesichtsausdruck. Es ist ein Gemisch von tiefen Instinkten und selbiger Bewußtheit, der uralte Stolz der Fruchtbarkeit und ganz neues, visionäres Erfassen von Zukünftigem, was den Gesichtern schön oder häßlich, durchgeistigt oder grabgegründ, einen Glanz verleiht. Ja, holdselig ist der Ausdruck, etwas ganz Besonderes, unabhängig von körperlicher Anmut, — ein erster Gruß dem heimenden Leben.“

Das hat sich jetzt alles verändert. Einen Atemzug lang steht das Gesicht im Glanz, und schon füllen sich die Augen mit Tränen, das Lächeln verflücht — um Gottes willen, kein! Das darf nicht sein.“ — Ein Schreien. — „Nein, nein, nein! Das kann nicht sein! Damit sollen wir

das Kind dann ernähren? Wir haben ja für uns nicht genug. Mein Mann war fünf Jahre im Felde, jetzt ist er noch nicht fertig mit seinem Studium, wir haben geheiratet, weil er das Restaurantleben nicht mehr aushält. Es ist viel zu teuer, und er wird nicht satt. Er kann nicht länger hungern. So kann ich doch ein bißchen für ihn sorgen. Und wir haben keine Wohnung. Wir sind Zwangsmiete bei einer feinen alten Dame und haben nur zwei Zimmer mit Parkettböden, keine Küche, keine Kohlen. Wo sollen wir kochen für das Kind und die Wäsche waschen für das Kind, wo soll ich es zur Welt bringen, — o, so lang ich lebe, habe ich mich danach gesehnt, aber es darf nicht sein. So helfen Sie mir doch. Haben Sie Barmherzigkeit.“ — Und nun kommt ein Losbrechen der Verzweiflung, wie ich sie noch an keinem Sterbebett gesehen habe und bei keinem Unglück, und ich erlebe ein Aufhäuten der mißhandelten Kreatur und ein Elend, das schließlich in Stumpfheit ausklingt, wofür unsere Sprache überhaupt noch kein Wort hat. Ein erster Gruß dem heimenden Leben!

An die Genossinnen und Proletarierfrauen Breslaus!

Im Namen des Hilfskomitees der Frauen für die Hungernden Rußlands richtet eine Genossin, die aktiv sich an dem Hilfswerk beteiligt, folgenden kurzen Aufruf an alle Frauen:

Millionen von Menschen in Sowjet-Rußland warten auf unsere Hilfe. Die Not ist groß, der Winter streng. Durch Sammlung ist schon eine große Anzahl von Kleidungsstücken eingegangen. Um aber dieselben instand zu setzen, bedarf es Euer Mitarbeit. Wir dürfen nicht die letzten sein. Sehen wir uns andere Städte und Länder an, wie emsig sie arbeiten. Wenn auch die Not bei uns groß ist, dürfen wir nicht vergessen, daß die Not unserer russischen Brüder und Schwestern noch viel größer ist. Besonders die armen kleinen Kinder hungern, frieren und sind aufs Dürftigste gekleidet. Proletarierfrauen, helft, indem Ihr Montag, Dienstag und Mittwoch in den Rhythunden, von 5 bis 9 Uhr in unserem Parteibüro Nikolaitraße, erscheint, um die Sachen auszubessern, damit diese so bald wie möglich den Frierenden zugestellt werden können. Den Hunger in Sowjet-Rußland und das Elend besiegen heißt zugleich auch für eine bessere Zukunft für uns und unsere Kinder kämpfen.

Gesundheitspflege.

Man saß im Kreise einer wohlhabenden Familie an einer reichgebedeten Tafel.

Die Frauen sprachen über manche Dinge und schließlich auch über den Mangel an Dienstboten.

Ja, mein Mädchen ist auch fortgegangen, verjagte die Frau des Hauses. Die Kost behagte ihr nicht.

Ein Herr ließ seine Blicke auf die lederen Gerichte fallen, die vor ihm standen. Er sagte: Was solche Speisen schmecken den Dienstboten nicht? Das verstehe ich nicht.

Man lachte; eine Frau zückte ihrer Nachbarin ins Ohr: So ein Narr!

Er ist ein Junggejelle, der es nicht besser weiß, flüsternte die andere Frau.

Jetzt ergriff die Frau des Hauses das Wort. Der Herr... denkt wohl, die Dienstboten erhalten dasselbe Essen wie wir?

Ich glaubte das.

Wiederum gab es Gelächter.

Die Dienstboten müssen doch von früh bis spät arbeiten, sagte der Herr, um seine Ansicht zu rechtfertigen. Dafür werden sie bezahlt.

Darf man fragen, was Sie den Dienstboten heute zum Abendbrot geben?

Quarkbrot und Tee! Das ist zwar eine einfache, aber kräftige Nahrung.

Ich kann mir eine bessere Kost gar nicht denken, sagte eine andere Frau hinzu, und die meisten Anwesenden bekräftigten ihre Zustimmung mit Kopfnicken.

Ich glaube, unser Arzt würde energisch Einspruch erheben, meinte der Herr des Hauses, wenn wir unser Mädchen mit einigen Gängen am Mittag und besonders am Abend überfüttern würden.

Natürlich, es sprechen vor allem gesundheitliche Gründe mit, fügte seine Frau hinzu. Eine einfache Kost erhält ein junges Mädchen frisch und gesund.

Dann wundere ich mich nur, verjagte jetzt der Herr, daß es immer noch Kreuze gibt, die so wenig Wert darauf legen, sich frisch und gesund zu erhalten.

Die Unterhaltung über die Dienstboten nahm darauf ein jähes Ende.

Frauenelbstmorde während des Krieges.

Die Bewegung der Selbstmordtaten läßt bei der Prüfung und beim Vergleich im allgemeinen nur schwere Schlüsse auf die Ursachen zu. Aber die Ziffern über die weiblichen Selbstmorde in den Großstädten sind sprechend. In den Großstädten mit über 100.000 Einwohnern stieg die Zahl der weiblichen Selbstmorde wie folgt: 1914: 1102; 1915: 1121; 1916: 1358; 1917: 1371; 1918: 1494. Man geht sicher nicht fehl, wenn man die Ursachen dieser Steigerung in der Gestaltung der sozialen Verhältnisse in den Großstädten während des Krieges sieht. Der Mangel an Lebensmitteln machte sich in den Großstädten natürlich am stärksten bemerkbar. Die Zahl der in den Munitionsfabriken weit über das Maß ihrer Körperkräfte arbeitenden Frauen war ebenfalls in den großen Städten verhältnismäßig am größten. Diese besonders ungünstigen Verhältnisse werden die seelischen Voraussetzungen geschaffen haben, die jedes Jahr mehr Frauen in den freiwilligen Tod hetzen.

Zum Nachdenken.

Das Weib ist keine Mutter.
Das Weib ist keine Schwester.
Das Weib ist keine Frau.
Das Weib ist die Mutter deiner Söhne und Töchter.
Denkst du niedrig vom Weib, so heißt du trotz gleichender äußerer Bildung im Schlamme der Barberei — tiefer noch: im Schlamme der Tierheit —, das ist keine Frage!
Nun wirst du verstehen:
Wer das Weib verachtet — er verdient nicht den Namen „Mensch“.
Wer das Weib unterdrückt — er verdient nicht den Namen „Sohn“, nicht den Namen „Bruder“, nicht den Namen „Vater“.
Wer das Weib mißhandelt — er ist der Elendeste, den die Sonne sieht.
Wer das Weib in Sklaverei hält, der wandelt im Schatten der Ungerechtigkeit und hat sein Recht verwirrt, für sich selbst — Gerechtigkeit zu beanspruchen.
A. Döbel.

Frauenversammlung gegen die Teuerung.

Am 22. November fand eine Frauenversammlung, von der kommunistischen Partei, Ortsgruppe Breslau, in den Subersiedler statt, mit dem Thema: „Die anwachsende Teuerung und die Notlage der Proletarierinnen, mit welchem sich die Gen. Frida Waldel eingehend beschäftigte. Sie ging in ihrem Referat auf die politische sowie auf die wirtschaftliche Lage ein, und legte die Ursachen des großen Elends und der Not, in der besonders wir Frauen uns befinden, dar. Sie schilderte unter anderem mit Recht, was wir Frauen die ganze Kriegszeit für Entbehrungen durchzumachen hatten, und wie die Frauen zu allen Arbeiten herangezogen wurden, und ihren Mann stehen mußten. Sie wies darauf hin, daß gerade die Frauen diejenigen sind, deren Kraft doppelt ausgebeutet wird, indem sie nicht nur ihren Haushalt und die Kinder zu versorgen haben, sondern auch zum großen Teil zum Lebensunterhalt mit beitragen müssen. Die Referentin machte deswegen die Frauen eindringlich auf ihre Pflichten aufmerksam, die sie zu befolgen hätten, um sich von ihrem Joch zu befreien. Nicht nur die Stimmzettel in der Hand könnte sie aus ihrem Elend erlösen, sondern ihre Pflicht und Schuldbigkeit sei es, gemeinsam mit den Männern um die Erziehung, und für eine bessere Zukunft der Kinder zu kämpfen. Die Referentin beschäftigte sich weiter mit der Forderung nach einem Mutter- und Kinderschutzgesetz, das in der glorreichen Ebertrepublik immer noch völlig unvollkommen ist. Ebenso schilderte die Referentin die Lage der Dienstboten, in welcher bedrückten Lage vor allem diese sich befinden, welche elenden Schlafstätten ihnen zum großen Teil zur Verfügung stehen, und wie sie mit einer von der „Herrschaft“ abfallenden Kost zufrieden sein müssen, und was sonst noch allerhand Mißstände im Dienstbotenwesen bestehen. Sie ermahnte die Frauen zum Schluß noch einmal, sich freizumachen von allen Hindernissen, die ihr im Wege stehen. In der Diskussion unterzürchen sämtliche Redner und Rednerinnen die Ausführungen der Referentin.
Genossin Waldel nahm noch das Schlusswort und erntete von der Versammlung, welche gut besucht war, großen Beifall. Es zeigte sich, daß sie den Frauen wirklich aus dem Herzen gesprochen hatte. Sieben neue Aufnahmen war der Erfolg, und eine Vollerfassung für Sowjetrußland ergab den Betrag von 37 Mark.
Gloria Rupte.

Aus der Partei.

Gründung einer Produktivgenossenschaft Schlesiens.

Im Anschluß an die letzte Generalversammlung des Sozialistischen Verlages lud die am 28. November 1921 gegründete Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesiens, e. G. m. b. H., Sitz Breslau, zu einer kurzen Besprechung ein, in der Gen. Delfner ausführliche Informationen über Zweck und Ziel der Produktivgenossenschaft gab. Es war ein unhaltbarer Zustand, daß in der verfallenen Sozialistischen Verlag Mitglieder verschiedener politischer Parteien waren. Nach dem Statut der Produktivgenossenschaft dürfen nur Mitglieder der kommunistischen Internationale Genossen sein.

Die Produktivgenossenschaft soll Trägerin aller Parteiunternehmungen, wie Zeitungsverlag, Buch u. Schriftenvertrieb sein, es soll späterhin daran gegangen werden eine eigene Druckerei, sowie eigene Räume für Versammlungen und Büros zu errichten. Es hängt von der Beteiligung der Genossen der SPD, Bezirk Schlesien, ab, ob diese Pläne in längerer oder kürzerer Zeit verwirklicht werden können. Die Beitrittsbedingungen sind so gestellt, daß es für jeden ein Beitritt ist teilnehmbar. Der

Anteil beträgt 100 M., wovon ein Viertel spätestens vier Wochen vom Tage des Eintritts, der Rest innerhalb drei Monaten eingezahlt werden muß. Jeder Genosse kann sich mit mehreren Geschäftsanteilen, jedoch höchstens 500, beteiligen. Für das Geschäftsguthaben wird eine Kapitaldividende von 4 Proz. gutgeschrieben oder ausbezahlt. Die Haftsumme wird auf 100 M. festgesetzt. Den Genossen, die bereits dem Sozialistischen Verlag angehört, wird ein besonderes Entgegenkommen gezeigt. Alle Anteile des Sozialistischen Verlages, soweit sie Mitglieder der KPD sind, werden zu vollem Wert in die Produktivgenossenschaft übernommen.

Der vorläufige Vorstand, der sich aus den Genossen Max Bschöcher, Alfred Delsner und Oswald Scholz zusammensetzt, hat die Anmeldung beim Genossenschaftsgericht am 29. November 1921 vollzogen. Die Statuten werden, sobald sie vom Genossenschaftsrichter genehmigt sind, veröffentlicht und jeder Ortsgruppe zugestellt.

Mehrere Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten, begrüßten die Umstellung und forderten zur tatkräftigen Mitarbeit auf, um recht bald den Verlag auf eine gesunde Basis zu bringen.

Im Schlußwort wies Gen. Delsner noch darauf hin, daß die Neuregelung für beide Teile (die in Zukunft eigentlich einzeln sind) nur von Vorteil ist. Wenn sich die Parteigenossen restlos an der Produktivgenossenschaft beteiligen, stärken wir gleichzeitig die Partei. Die Mitgliederversammlungen der Partei werden dann zugleich Versammlungen der Produktivgenossenschaft sein.

Es muß nun eine rege Propaganda für das neue Unternehmen einleiten, in jeder Parteiveranstaltung, bei jedem Zusammentreffen mit Parteigenossen muß für die Produktivgenossenschaft geworben werden, damit wir sobald wie möglich wirtschaftlich fest auf eigenen Füßen stehen.

Parteischule.

Seit einer Woche ist in Berlin die Parteischule der KPD im Gange. Es findet zunächst ein Kursus von vier Wochen statt, an welchem 38 Genossen und Genossinnen teilnehmen. Die Teilnehmer sind aus sämtlichen Bezirken und kommen größtenteils aus dem Betrieb.

Das Stoffgebiet der einzelnen Kurse ist außerordentlich umfangreich. In der Lehrmethode wird versucht, theoretisches Arbeiten mit praktischer Arbeit zu verbinden. Es werden keine trockenen Vorlesungen gehalten, sondern in Form von Seminarrichtungen wird versucht, daß sich die Schüler die Erkenntnisse selber erarbeiten. Von Komara bis Freita finden täglich drei zweistündige Kurse statt. Die Themen sind: „Politische Ökonomie“ (14 Stunden), „Dialektik, Materialismus und Dialektik“ (6), „Staat und Revolution“ (4), „Hieraus schöpfen sich die Kurse über die „Geschichte der Arbeiterbewegung“ (12) und der Revolution (8); über „Taktik“ (12) und „Organisation“ (6); dann folgen Kurse über das Parteiprogramm (4), die Gewerkschaften (4) und Genossenschaftspolitik (4), das Programm der Parteiräte (4), die Agrarfrage (4), Kommunalpolitik (6), Erziehung und Kultur (4). Schließlich finden Kurse über „Steuern“ (14) und die „Russische Revolution“ (14) statt.

Wie wir hören werden die Kurse in regelmäßiger Reihenfolge wiederholt werden. Die Schüler sollen auch in Zukunft wie diesmal aus den Organisationen heraus zur Parteischule gewählt werden. Ihre Abkommandierung wird als Parteiarbeit betrachtet. Die während des Studiums notwendige materielle Unterstützung leistet die Partei.

100 000 Zeitungen verkauft.

Trotz der aus technischen Mitteln verschuldeten wenig glücklichen typographischen Ausführung der ersten Nummer der illustrierten Zeitung „Sowjet-Rußland im Bild“, wurde die gesamte erste Auflage in 100 000 Exemplaren in wenigen Tagen abgesetzt. Eine besondere starke Nachfrage nach der Zeitung fand auch aus dem Ausland statt. Leider ist es unmöglich, eine zweite Auflage der Nummer, wie sie von einzelnen Seiten gewünscht wird, herzustellen. Dafür wird gegen Ende des Monats die Nummer 2 der Zeitung erscheinen, die unter anderem ganz neue Aufnahmen aus dem Hungergebiet und Bilder von der Arbeiterklasse in den Hungergebieten bringt. Es ist volle Garantie geboten, daß die Nummer auch drucktechnisch einwandfrei hergestellt wird. Bestellungen darauf sind an das Arbeiterhilfskomitee, Berlin, Rosenhaldenstr. 38, den Genossen Oswald Scholz, Breslau, Augustaplatz 123, einzulenden.

Genosse Kaufmann entlassen.

Am 5. November wurde Genosse Kaufmann, der seit sechs Monaten im Untersuchungsgefängnis Schwandorf gefangen hat, aus der Haft entlassen. Er war beschuldigt, sich an der Bildung einer „Roten Armee“ beteiligt zu haben. Obwohl die „Generäle“ dieser Armee schon vor Monaten frei kamen, weil man ihnen absolut nichts nachweisen konnte, wurde Gen. Kaufmann von den besonders reaktionären Schwandorfer Richtern bis jetzt festgehalten. Ein neuer Beweis für die „Schuldlosigkeit“ der demokratischen Justiz, gegen die zu kämpfen Aufgabe jedes Arbeiters sein muß.

Es geht vorwärts.

Im Bezirk Halle-Merzbach entwickelt sich die Organisation der Partei recht gut. Am 1. August befanden sich 171 Ortsgruppen mit 2261 zahlenden Mitgliedern, am 1. Oktober 252 Ortsgruppen, die 27738 zahlende Mitglieder umfaßten. Dabei haben 28 Ortsgruppen noch Beiträge abgeführt, ihre Mitglieder aber noch nicht angegeben. Der Bezirk Harburg hat fast darunter gelitten, daß während der Belagerungsperiode eine erhebliche Organisations- und Propagandearbeit unmöglich war. Seit sind die meisten geschwächten Ortsgruppen auf den alten Stand gebracht worden. Der Bezirk Berlin hat jetzt 5058 zahlende Mitglieder. Eine Agitation für den „Arbeiter Volksklub“ konnte 1000 neue Mitglieder gewinnen.

Unter Organ für Süd-Thüringen, der „Volkswille“, hat innerhalb der letzten 14 Tage 460 Abonnenten gewonnen. In Stuttgart wurden während der Werbeweche der KPD 700 neue Leser für die kommunistische Presse gewonnen.

Die Kölner Organisation zur Parteitage.

Die Kölner Parteifunktionäre nahmen am Samstagabend in gutbesuchter Versammlung Stellung zum Ergebnis des Zentralauslasses. Nach dem Bericht des Genossen Epstein und ausführlicher Diskussion wurde folgende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die versammelten Funktionäre der KPD-Köln sehen in den Beschlüssen des Zentralauslasses eine Verbreiterung der Beschlüsse des Jenaer Parteitages und halten dieselben für geeignet, die Partei geistig und organisatorisch zu festigen.“

Die Funktionäre verpflichten sich, sofort im Sinne der Beschlüsse des Zentralauslasses an die Arbeit zu gehen, um die Partei so zu stärken, daß sie die politische und wirtschaftliche günstige Situation ausnützend, für die kommenden schweren Kämpfe die revolutionäre Front stärken und die Arbeiterschaft zum Siege zu führen.“

Genossen! Genossinnen!

Am 1. Dezember wird die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wieder in Breslau unter einer eigenen politischen Leitung hergestellt und damit Redaktion, Expedition und Geschäftsleitung vereint. Alle Unannehmlichkeiten, die durch Trennung der einzelnen Stellen entstanden, werden damit behoben. Damit die Zeitung jedoch ein getreues Spiegelbild der arbeitenden Klasse wird, ist die Mitarbeit der Genossen eine unbedingt notwendige Pflicht. In jeder Ortsgruppe muß ein Genosse beauftragt werden, über alle Vorkommnisse, die für uns Kommunisten Interesse haben, der Zeitung Bericht zu erstatten.

Jede Ortsgruppe, auch die kleinste, muß einen Berichterstatter haben!

Durch die technische Umstellung, durch Erweiterung des redaktionellen Teils — es erscheint ab 1. Dezember wöchentlich eine Frauenbeilage, eine Jugendbeilage, eine Unterhaltungsbeilage und eine 14-tägig erscheinende Landarbeiterbeilage, sowie durch einen guten Nachrichtendienst wird die Zeitung hoch aktuell werden und an erster Stelle der schlesischen Zeitungen marschieren. Durch Einverleibung des bei Deutschland verbleibenden Teils Oberschlesiens in unseren Bezirk und der dadurch zu uns stoßenden neuen Abonnenten wird das Verbreitungsgebiet und die Leserschaft der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ bedeutend vergrößert. Für die Geschäftswelt bietet sich dadurch eine günstige Gelegenheit zum Inserieren.

Der Abonnementspreis muß ab 1. Dezember leider erhöht werden, er wird monatlich 7,50 Mark betragen. Daß der Verlag nur ungern die Erhöhung vornimmt, braucht nicht erst verifiziert zu werden, auch nicht, daß die Verteilungskosten damit noch nicht gedeckt sind. Wir rechnen damit, daß die neue Ausgestaltung der Zeitung eine prompte Belieferung und eine intensive Agitation seitens der Genossen, die Auflage der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ ganz bedeutend steigern werden.

Redaktion und Verlag der „Schl. Arbeiter-Zeitung“.

Revolutionäre Bewegung.

Gesamtergebnis der heftigen Wahlen.

Die Fortschritte der KPD. Es wurden insgesamt 452 981 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialdemokraten 148 579 (bei den Vorwahlen 1919: 273 468), die heft. Volkspartei (Deutschnationale Volkspartei) 24 006 (bei den Vorwahlen 45 785), die Deutsche Volkspartei 68 908 (bei den Vorwahlen 62 072), heftiger Bauernbund 64 301 (bei den Vorwahlen keine), die Demokratische Partei 33 660 (bei den Vorwahlen 116 252), das Zentrum 78 914 (bei den Vorwahlen 108 539), USPD. 15 797 (bei den Vorwahlen 9077), Kommunisten 18 764 (bei den Vorwahlen keine). Die übrigen Stimmen waren zerstückelt.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 23 Sitze (bisher 31), Deutschnationale Volkspartei 4 (bisher 5), Deutsche Volkspartei 11 (bisher 7), heftiger Bauernbund 10 Sitze (bisher keine), Demokratische Partei 5 (bisher 13), Zentrum 12 (bisher 13), USPD. 2 (bisher 1), Kommunisten 3 (bisher keine).

Während bei den Sozialdemokraten der Erfolg von Größe her gewesen ist, daß sie 124 889 Stimmen und 8 Sitze verloren haben; und während die Unabhängigen einen Zuwachs von über 5000 Stimmen mit 1 Mandat verzeichnen konnten, hat die KPD. 18 764 Arbeiterstimmen mit 3 Sitzen erobert.

Es ist selbstverständlich, daß die Tatsache, daß trotz des großen Erfolges der Kommunisten die Arbeiterstimmen in der Gesamtheit zurückgegangen sind gegenüber den der Nation, die Sozialdemokraten veranlaßt, die Schuld hierfür den „kommunistischen Arbeiterzerstückelern“ in die Schuhe zu schieben. Glaubt jemand im Ernst daran, daß die über Hunderttausende sozialdemokratischen Wähler der SPD. den Rücken gekehrt und nur zum geringen Prozentsatz der USPD. oder der KPD. Erfolgsgelüste geäußert haben, weil sie von den Kommunisten „zerstückelt“ wurden! Oder wird hier nicht in viel größerem Maße der Göttergötze des Büchsen mit Stimmens, seine Wirkung gesehen haben?

Wie wir bereits bei den ersten Teilmeldungen über die Wahlen mitteilten, ist der Wahlausgang nur ein getreues Spiegelbild der Tatsache, daß sich immer deutlicher die beiden Pole, Reaktion und Revolution, abheben, und die kleinbürgerliche Mitte, zu der die SPD. gehört, durch Abgabe von Stimmen, zum größeren Teil nach rechts und zum kleineren nach links, allmählich zerrieben wird.

Die KPD. sieht mit Zuversicht in die Zukunft. Sie weiß, daß ihr Fortschritt so sicher ist, wie es selbstverständlich ist, daß die Arbeiter über den Umweg der sozialverräterischen SPD. schließlich sich doch auf den Boden des Klassenkampfes stellen werden.

Kommunistischer Erfolg

bei den Stadtverordnetenwahlen in Mostod. Bei den Stadtverordnetenwahlen, die Sonntag in Mostod stattfanden, erhielten

Kommunisten	3 208 (Gewinn 436)
USP.	465 (Verlust 154)
SPD.	10 812 (Verlust 2963)
Mietervereinigung	2 726
Demokraten	1 157 (Verlust 253)
Wirtsch. Vereinigung	1 382
Deutsche Volkspartei	8 316 (Verlust 3082)
Deutschnationalen	5 302 (Verlust 554)
Hausbesitzer	2 065

Von allen sozialistischen Parteien hat die K.P.D. einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, während die S.P.D. einen Verlust von etwa 25 Prozent hat.

Lokales.

Spießers Morgenlied.

Wenn im Lande was passiert,
Plagt, verbrennt und egyptiert,
Wissen wir es mit Genug:
Das tat wieder Spartakus!
Fürchtbar ist zu jeder Frist
Nun einmal der Kommunist.
Das Parteibuch umgeschmalt,
Nicht er aus und nicht Gewalt.
Manchmal hat er auch Manieren,
Doch das soll nur irritieren.
Er ist allen Unheils Zeitung.

Außerdem steht's in der Zeitung.

Breslau. Die Säuglinge sterben — der Profit steigt. Ein Liter Milch kostet ab 1. Dezember 4,60 Mk. Die Wollereien begründen ihre Forderungen damit, daß ihnen die Verbutterung der Milch noch viel mehr einbringe. Die Unverschämtheit der Ausbeuter und Bucherer kennt keine Grenzen. Diese Motivierung der Preissteigerung eröffnet den Bauern die glänzendsten Aussichten. Der Butterpreis wird weiter künstlich in die Höhe getrieben und infolgedessen muß auch der Milchpreis erhöht werden. — Wie lange noch wird sich die Arbeiterschaft das gefallen lassen?

Die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise wird in der heutigen Nummer durch ein Inserat der städtischen Straßenbahndirektion bekannt gegeben.

Bezüglich der Postgebühren für Sendungen nach den bei Breslau gelegenen Orten herrscht vielfach noch Unklarheit. Ortsgebühren (wie für Sendungen innerhalb Breslaus) sind zu entrichten im Verkehr mit: Bartheln, Cawallen, Dürzow, Friedewalde, Stadtteil Grätzchen, Klein Gaudau, Klein Rochberg, Knopfmühle, Kofel, Opperau, Ortmitz, Pirscham, Pöpelwitz, Wilhelmshagen, Wilhelmshub, Wolfswinkel und Zimpel. Ferngebühren sind zu entrichten im Verkehr mit: Breslau, Carlowitz, Groß Rochberg, Klein Eschank, Krieten, Mariahöfen, Oswitz, Pilsnitz, Rosenthal, Schmiedefeld, Schottwitz und Weichwitz.

Versammlungs-Kalender.

Unterbezirk Breslau.

Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50,

Unterbezirkskonferenz.

Tagesordnung:

1. Politische und organisatorische Grundlage.
2. Presse und Agitation.
3. Wahl der Bezirksauschussmitglieder.
4. Frauen- und Jugendbewegung.
5. Verschiedenes.

Auf jede Ortsgruppe entfällt ein Delegierter, für jedes weitere angefangene Hundert Mitglieder je ein Delegierter mehr. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein.

Die Unterbezirksleitung.

KPD. Ortsgruppe Breslau. Montag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50. Erscheinen aller befristeten Genossen ist Pflicht.

District 9. Freitag, den 2. Dezember: wichtige Districtsversammlung. Referent anwesend.

District 12. Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Districtsversammlung im neuen Lokal, Heinrich, Aderstraße 39. Alles hat zu erscheinen!

KPD. Niederhainersdorf. Sonntag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Hoffenblume“. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.

KPD. Freiburg. Freitag, den 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Kaufhaus Generalsversammlung.

Die Fortsetzung des Romans „Wirkelmann“ muß aus technischen Gründen in der heutigen und morgigen Nummer unterbleiben.

Geschäftlich-Mitteilungen.

Wir machen unsere Leserhaft auf die in der heutigen Nummer befindliche Anzeige der Margarinefabrik A. L. Mohr, G. m. b. H., aufmerksam.

Im Inseratenteil der heutigen Nummer muß der Magistrat bekannt, daß die Wertmarken zur Gasentnahme vom 30. November ab in der Höhe der Betriebswerte zum Preise von 2,50 Mark verkauft werden. Die noch im Besitz der Händler befindlichen Marken müssen zum alten Preise abgegeben werden.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Gentsch; Verleger: Max Bschöcher. — Verlag: Produktivgenossenschaft für die Kommunisten, e. G. m. b. H. Druck: Pöpelwitz & Danzigel. — Druckort: Breslau.